

Postulat Fraktion SP/JUSO (Ruedi Keller, SP): Lohntransparenz auch in der Kultur

Rund um die Kulturorganisationen bestehen Gerüchte von überhöhten Löhnen von Kulturmanagern. Gleichzeitig besteht der Verdacht, dass im subventionierten Kulturbereich die Lohngleichheit von Frau und Mann nicht gewährleistet ist.

Dies ist eine unbefriedigende Situation. Es ist Zeit, auch in der Kultur dazu mehr Klarheit zu schaffen. Wie in den anderen öffentlichen und halböffentlichen sowie subventionierten Institutionen sollte Lohntransparenz eigentlich selbstverständlich sein. Die Öffentlichkeit hat ein Recht zu wissen, wie viel der bezahlten Subventionen in die Löhne und Gehälter in den verschiedenen Funktionen der Verwaltung, der Technik und des künstlerisch tätigen Personals fließen.

Der Gemeinderat wird deshalb beauftragt folgende Massnahmen zu prüfen:

1. Er wirkt darauf hin, dass die Löhne des Managements der grossen Kulturinstitutionen offen gelegt werden. Darin inbegriffen sollen auch spezielle Bonuszahlungen, Abgeltungen, Abgangsentschädigungen, Spesen, Pensionskassenregelungen sowie Fringe Benefits enthalten sein.
2. Er verwendet sich dafür, dass in sämtlichen grossen Kulturinstitutionen transparente Lohnsysteme bestehen, welche eine Entlohnung nach vergleichbaren Funktionen und Tätigkeiten gewährleistet.
3. Er publiziert regelmässig die Löhne der Leitungspersonen der verschiedenen subventionierten Kulturinstitutionen in den Controllingberichten. Er wirkt darauf hin, dass diese auch in den Jahresberichten der einzelnen Institutionen enthalten sind.
4. Er lässt mit anerkannten Methoden (z.B. Logib) die Lohngleichheit zwischen Frauen und Männern periodisch überprüfen.

Bern, 21. Februar 2008

Postulat Fraktion SP/JUSO (Ruedi Keller, SP), Christof Berger, Beat Zobrist, Claudia Kuster, Annette Lehmann, Hasim Sönmez, Liselotte Lüscher, Rolf Schuler, Margrith Beyeler-Graf, Andreas Flückiger, Beni Hirt, Stefan Jordi, Corinne Mathieu, Andreas Krummen, Giovanna Battagliero, Ursula Marti, Gisela Vollmer, Guglielmo Grossi, Markus Lüthi, Miriam Schwarz, Patrizia Mordini, Andreas Zysset

Antwort des Gemeinderats

Dem Gemeinderat sind keine Gerüchte bekannt, wie das Postulat sie nennt. Es ist unklar, ob mit „Kulturmanagern“ die Leiterinnen und Leiter bzw. Direktorinnen und Direktoren gemeint sind. Offen bleibt, im Vergleich womit „überhöhte Löhne“ bestehen sollen: Innerhalb der einzelnen Institution, im Quervergleich mit anderen Berner Institutionen oder im gesamtschweizerischen Vergleich? Kein Argument unterlegt auch den geäusserten Verdacht der Lohnungleichheit zwischen Frauen und Männern. Die Ausgangslage für das Postulat ist in keinem

Punkt substantiiert. Das ist unbefriedigend und dies umso mehr als auch nicht angegeben wird, welche Kulturinstitutionen zu den „grossen“ gezählt werden.

In der Annahme, „grosse“ Kulturinstitutionen seien die von der Stadt im Rahmen der Regionalen Kulturkonferenz Bern (RKK) mitfinanzierten fünf - Berner Symphonieorchester, Stadttheater, Kunstmuseum, Historisches Museum und Zentrum Paul Klee -, hält der Gemeinderat fest:

- Er verwendet sich im Rahmen der RKK für die Erfüllung der Punkte 1, 3 und 4. Angesichts des Finanzierungsverbunds und der von allen Finanzierungsträgern abgeschlossenen Subventionsverträge mit den Institutionen ist ein Alleingang der Stadt nicht möglich.
- Er versichert, dass in allen RKK-Institutionen transparente Lohnsysteme bestehen, seien dies Personalreglemente oder Gesamtarbeitsverträge oder einzelne Abmachungen.
- In den städtischen Subventionsverträgen mit Kulturinstitutionen ist die Verpflichtung zur Einhaltung des Gleichstellungsgesetzes ausdrücklich festgehalten.

Dem Gemeinderat sind aber Lohntransparenz und Bekämpfung von Lohndiskriminierung grosse Anliegen. Er ist deshalb losgelöst von den bereits bestehenden Instrumenten und Massnahmen bereit, das Postulat erheblich zu erklären. Er beantragt gleichzeitig, die Antwort als Prüfungsbericht anzunehmen.

Antrag

1. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären
2. Die Stellungnahme gilt gleichzeitig als Prüfungsbericht.

Bern, 4. Juni 2008

Der Gemeinderat